

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1921 Nr. 212 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 214

Abzugspreis: Für dieses und einschlägige Bezüge monatlich Mk. 1,40, vierteljährlich Mk. 2,25, halbjährlich Mk. 4,00, jährlich Mk. 7,50. Druck bei Posten möglich postal. Beleglosg. **Morgen-Ausgabe** **Freitag, 13. Mai** **Anzeigenpreis:** Die Sp. 30 mm breit und 10 mm hoch 100 A. Zeilen nach Carl. Erstlingspreis 100 A. **Geldstelle Berlin:** Bernburger Str. 50, Fernruf Amt Karffel Nr. 6390, eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Uhle, Halle-Saal.

Französische Rechnung

Einmarsch ins Ruhrgebiet und Oberschlesien

W. London, 12. Mai.
„Daily Herald“ sagt, der Einmarsch ins Ruhrgebiet sei nur ein wenig verzögert. Die Franzosen hätten es aber eilig, und daher sei es ihr Ziel, Deutschland aus seiner sofortigen Nichterfüllung zu bringen, indem sie durch die Überwindung des polnischen Aufstandes eine Base schaffen, in der Deutschland es nicht wage, abzurufen.

Die von durchaus zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, haben in den Quartieren französischer Offiziere in Oppeln und Umgebung Hausdurchsuchungen stattgefunden. Im Haus der vorerwähnten Waffensammlungen wurde festgestellt, daß die Franzosen bei Polen Waffen geisterlich haben. Die Durchsuchungen sind von italienischen Offizieren unternommen worden.

Dor und hinter den Kulissen

Leonard und seine polnischen Freunde

Der Vertreter des deutschen Bevollmächtigten in Oppeln, Herr Pätzsch, gibt Donnerstag Mittag folgendes bekannt: Der General Leonard hat mir gestern auf meine Anfrage in Anwesenheit der anderen Mitglieder der Entente-Kommission auf das Bestimmteste erklärt, daß der von Warschau verbreitete Kampfruf erlogen sei. Es seien weder über einen Waffenstillstand, noch über eine Demarkationslinie, noch über einen Leberzug der Regierungsgewalt mit den Jungpolen eine Anknüpfung irgendwelcher Verhandlungen gepflogen, geschweige denn Abmachungen getroffen worden.

Die Interalliierte Kommission gibt amtlich bekannt: Geheime Zeichnungen über das Zustandekommen des Waffenstillstandes mit den Jungpolen, wozu eine Demarkationslinie festgestellt worden sei. Diese Nachricht entbehrt jeder Grundlage.

Warschau und seine Freunde, die Franzosen, bestreiten offiziell, daß sie irgendwelche Abmachungen getroffen haben. Sie behaupten, daß sie sich nicht festgelegt haben, das würde sie zu sehr festlegen und beschließen. Aber daß irgend etwas an der Sache sein muß, ist sicher. Die Umstände, die hier objektiv liegen, lassen darüber näheres zu bezweifeln: Es heißt:

„Times“ melden aus Oppeln, daß bisher kein Vertrag unterzeichnet worden sei, der die Autorität der polnischen Aufständischen anerkenne. Es scheint jedoch, daß die französischen Vertreter in der Kommission ein mündliches Abkommen in diesem Sinne getroffen hätten. General Leonard glaube annehmen, daß die vollendete Tatsache der polnischen Weigerung ohne weiteres von Seiten der Alliierten anerkannt werden müßte.

Sant „Times“ haben die Franzosen die Entdeckung verborgener deutscher Waffenlager hervor. Sie haben alle Deutschen verhaftet, die im Besitz von Waffen be-

traffen wurden. Dagegen übersehen sie bewaffnete polnische Petrouillen, die an jeder Straßenkreuzung stehen. „Times“ erklärt, die Interalliierte Kommission habe aufgehört, als neutrale Organisation zu bestehen. Die britischen und italienischen Offiziere setzen sich bei Durchführung ihrer Pflichten gegenwärtig, eine Abstimmungspolitik gegen die polnischen Aufständischen, die often von den Franzosen unterstützt werden, zu organisieren.

Zuteilung des ganzen Industriezweigs an Polen?

b. Paris, 12. Mai.
„Petit Parisien“ meldet: Nach offiziellen Informationen, die ihm gestern nachmittag zugegangen, habe die interalliierte Kommission sich die Schlußfolgerungen zu eigen gemacht, welche die amerikanischen Sonderkommission aus dem französischen Stenogramm gegen und darauf hinabzulaufen, daß Polen das ganze Industriegebiet von Oberschlesien zufallen solle, und zwar bis zu einer Demarkationslinie, die der Korridorlinie sehr nahekomme. Diese Entscheidung, die im Einklang mit den Wünschen der Jungpolen getroffen worden ist, ist offiziell noch nicht bekannt worden, scheint aber mehr als wahrscheinlich zu sein.

Der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“ erklärt, daß ein großer Teil der englischen Presse in den letzten Tagen die Haltung Frankreichs, insbesondere des Generals Leonard, bei der Wahlung des Grenzgebietes der Volksschrittung und Beurteilung des Vorfalls in Oberschlesien heftig beurteilt. Es wäre demnach nicht zu bezweifeln, wenn man in London darauf dringe, daß man der Unterwerfung Deutschlands dem Ultimatum der Entente gegenüber bei der oberösterreichischen Frage Rechnung trage. Berlin richtet heute im „Echo de Paris“ einen heftigen Angriff gegen die Engländer. Er macht die englischen Freunde demontieren, daß die französische öffentliche Meinung die Zuweisung des oberösterreichischen Industriegebietes an ein anderes Land als an Polen nicht hinnehmen werde. Frankreich habe die Mittel, der polnischen Sache in der nächsten Gelegenheit Gelegenheit anzuwenden, um sich Frankreichs weiche auch nicht gegen, wenn nötig, diese Mittel in Anwendung zu bringen.

Generalstreik in Oppeln

(Von unserem Sonderberichterstatter)

h. Berlin, 12. Mai.
Wie aus dem Reichstag mitgeteilt wird, ist heute vormittag dort die Nachricht eingetroffen, daß heute mittag um 1 Uhr in Oppeln von deutscher Seite der Generalstreik als Antwort auf die Haltung Leonards gegenüber den Aufständischen proklamiert worden ist. Einzelheiten über die Ausdehnung des Streiks konnten noch nicht ermittelt werden, da die telephonische Verbindung mit Oppeln seit Mittag unterbrochen ist.

Die Lage in Oberschlesien ist unverändert. Zu Kampfhandlungen ist es nicht gekommen. Korstant baut in den einzelnen Industriezweigen eine stabile Organisation aus. Er geht davon, die Eisenbahnen, den Nationalrat zu übernehmen. Die Eisenbahnen sind bereits in den Händen der Polen der Betrieb bereits übernommen worden.

Vertrauensvotum für Kahr

München, 12. Mai.
Alle Gerüchte über eine Ministerkrise in Bayern sind grundlos. Es ist lediglich in tendenziöser Weise und aus Doh gegen das Ministerium, das lanciert. Die bayerische Regierung hat keinerlei Anlaß, an eine Demission zu denken. Die getriggerte Frazionsjagd der bayerischen Volkspartei bei völliger Uebereinstimmung zwischen Fraktion und dem bayerischen Ministerpräsidenten ergeben, dem die Fraktion ihr uneingeschränktes Vertrauen ausgesprochen hat. Die bayerische Volkspartei hat sich dem Ministerpräsidenten gegenüber die einstimmige Überzeugung der Wehrheit des bayerischen Volkes, daß in dieser Stunde ein Rücktritt des höchsten Vertrauensmannes bayerischen Ministerpräsidenten ein Eingriff in das ganze Land wäre. Wenn man sich den selbständigen und charakteristischen Führer in diesem Augenblick nicht verweigert. Die nächsten Tage werden die Parteien und die Regierung vor die allergrößte Entscheidung gestellt.

Es ist durchaus falsch, wenn in der Presse die Behauptung aufgestellt wird, daß die bayerische Volkspartei der Regierung, welche Dr. Seim im Reichstag abgeben hat, verhandlungsunfähig und taub gegenübersteht. Bei der Beurteilung dieser Erklärung muß die Situation ins Auge gefaßt werden, die dadurch geschaffen wurde, daß sich ohne Verfehlen der bayerischen Volkspartei im Reichstag eine Mehrheit für die Unterzeichnung des Ultimatum fand. Dr. Seim wird am 12. Mai einer Sitzung der Parteileitung in München beiwohnen und über die Vorgänge der letzten Tage in Berlin Bericht erstatten.

waffung und Auffassung aus der bayerischen Einwohnervoten bis zum 30. Juni auflegt; also ein früherer Eingriff in die inneren Verhältnisse des am meisten widerstrebenden deutschen Staates, der vor seiner folgenreicheren Eingriffung steht. Denn es fragt sich, ob eine Regierung in Bayern überhaupt den Grenzfall des Landes auflösen kann. Von den das Ministerium Kahr stützenden Koalitionsparteien stehen die Demokraten (in Bayern äußerst nationalliberal), Jungliberale, Freiwilrige und zahlreiche Demokraten im Gegensatz zu ihrer Reichstagsfraktion, da sie an das bayerische Koalitionsprogramm gebunden sind, das die Erhaltung der Einmündigkeit als Landesprinzip festsetzt. Die bayerischen Demokraten sind bisher auch nicht bereit einzutreten. Lieberdes behauptet es ist schwer, daß der demokratische Reichswehminister Dr. Gredler den bayerischen Aufstellungen im Augenblick des beschriebenen Poleneinmarsches aufgeben soll. Die Landtagsfraktion der bayerischen Volkspartei, welche die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei umfaßt, steht auf dem Standpunkt, daß das Koalitionsprogramm die vorläufige Erhaltung der Einmündigkeit vorsehen und ein neues Koalitionsprogramm gefunden werden müßte, wenn dieser Programm nicht ausfällt. Die bayerischen Demokraten sind demnach als Einzelparteien dem Koalitionsprogramm der bayerischen Volkspartei untereinander statt. Die Regierungsfraktion in Bayern umfaßt die bayerische Volkspartei mit 65, die bayerische Mittelpartei mit 20, die Deutsch-Demokraten mit 18 und die Bayernvölkler mit 12, zusammen 110 Mitglieder des Landtages gegen 28 Reichstagsmitglieder, 15 Reichstags- und 7 Reichstagsmitglieder, zusammen 48 Mitglieder der radikalen Linken. Die bayerische Regierung verhält sich gegenüber der Reichsregierung durchaus abwartend.

Konferenz westdeutscher deutsch-nationaler Arbeiterführer

Im April dieses Jahres fand in Sagen i. B. eine sehr gut besuchte Konferenz westdeutscher deutsch-nationaler Arbeiterführer statt. Die fast ausnahmslos aus dem Boden der christlichen Gewerkschaften stammten. Der Vorsitzende des Reichsarbeiterausschusses der Deutschnationalen Volkspartei, Arbeitersekretär Hartwig, W. d. R., sprach über „Die Arbeiterpolitik des Bremerverbandes“. Seine Ausführungen fanden einbellige Zustimmung. Es wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die heute verammelten, den christlich-nationalen Gewerkschaften angehörenden deutsch-nationalen Arbeiterführer des rheinisch-westfälischen Industriegebietes erklären: Die Neuorganisation der deutschen Gewerkschaften hat zur Voraussetzung, daß die religiös-ethischen Kräfte in Gesellschaft und Wirtschaft zu größtmöglicher Entfaltung und Auswirkung gelangen und unter Volk zu einer lebendigen deutschen Volksgemeinschaft zusammengeführt wird. Erste und vornehmste Pflicht der Parteien muß es sein, diese Entwicklung zu fördern und ihr Verhalten so einzurichten, daß die Auswirkung der Erkenntnis von der völligen Unmöglichkeit, eine Befreiung der deutschen Bevölkerung, insbesondere auch für die Arbeiterführung, durch die internationale marxistische Sozialdemokratie zu erreichen, nicht verzögert wird. Soweit christlich-nationale Arbeiterführer und Führerinnen der Parteien und Fraktionen angehören, erwarten wir, daß in Zukunft mehr als in der Vergangenheit der Gehalt in Weltanschauung und Wirtschaft zwischen christlich-nationaler Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie sowohl grundsätzlich wie praktisch im einzelnen zur Geltung gebracht wird. — Die Politik der letzten Jahre hat die Werbe- und Stoffkraft der christlich-nationalen Arbeiterbewegung kaum gefördert, in ihrer Auswirkung nach unten den Einfluß der Sozialdemokratie gestärkt, wodurch zum Teil die volle machtbolle Auswirkung der christlich-nationalen Gesamtbewegung irremontablen Kräfte, um in ihrem Sinne den kulturellen und wirtschaftspolitischen Aufbau zu gestalten, gehindert wurde. Die Zeit, wie man jetzt gegen die Deutschnationalen Volkspartei aufzutreten beliebt, erscheint uns nicht geeignet, die Stoffkraft der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu erhöhen. Die Deutschnationalen Volkspartei ist bereit und entschlossen, den Staats-, Wirtschafts- und Kulturfragen der christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten- und Beamtenarbeit zur Anerkennung und Anwendung zu bringen, die Zukunft, Einheit und Stärke der deutschen Arbeiterbewirtschaft, schließlich die Erziehung der deutschen Volksgemeinschaft aller Stände und Berufe zu betreiben. Die ihr als Mittelglied angehörenden Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen deshalb energisch die durch nichts zu beweisende Behauptung zurückweisen, daß die Deutschnationalen Volkspartei ein reaktionäres Gebilde sei. Ihre parteipolitische, wirtschaftspolitische und kulturpolitische Auffassung und Tätigkeit kann sich hinsichtlich der Durchsetzung und Wahrung der Arbeitnehmerinteressen wie der Wahrung der Interessen des Volksganzen mit derjenigen jeder anderen Partei ehenbürtig lassen. Möge unser Mahnwort nicht unerbötter verhallen! — Im weiteren Verlauf der Verhandlungen nahm der Abgeordnete Hartwig das Wort zu einer kurzen Darlegung des Punktes „Die Deutschnationalen Arbeiterpolitik und das Betriebsrätegesetz.“ Auch über diese Frage wurde völlige Einheit der Meinung festgestellt. Die parlamentarische Arbeit der Partei gerade in Bezug auf das Betriebsrätegesetz, insbesondere der deutschnationalen Arbeiterführer, wurde nach Lage der Verhältnisse als zutreffend anerkannt. Nach kurzer Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen: „Die im April 1921 in Sagen i. B. verammelten christlich-nationalen Arbeiterführer erkennen die Bedeutung des Betriebsrätegesetzes durchaus an und begründen keine gezielte Regelung. Sie sehen in dem Betriebsrätegesetz ein bedeutsames Mittel, die wirtschaftlichen Schranken, die sich der Durchsetzung der Wirtschaft und der Umgestaltung der Beratung des Arbeiters im Betriebsrätegesetz entgegenstellen, zu überwinden. Sie weisen jedoch alle Behauptungen weit von sich, die das Betriebsrätegesetz nicht als Mittel zur Lösung der wirtschaftlichen, sozialen und sittlichen Lage der Arbeiterführung annehmen, sondern es als Mittel für politische Ziele, für Verherrlichung der heute mehr als je aufeinander angelegenen Volksgesossen, für die Vernichtung unserer Wirtschaftsmitteln wollen, die damit auch die Vernichtung der Erfindungsgrundlage der gesamten deutschen Arbeiterführung bedeutet, und werden alle dahingehenden Bemühungen rücksichtslos bekämpfen. Sie erkennen an, daß die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei der Nationalversammlung bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes gerade infolge dieser offen ausgesprochenen Absichten der radikalen Elemente, die bei den Regierungsparteien nur kühnen Widerstand fanden, genötigt war, den Kampf gegen einzelne Bestimmungen, die solchen Absichten Vorlauf leisten konnten, sowie den Kampf um Sicherungen für die Erfindungsgrundlage unserer Wirtschaft in den Vordergrund zu stellen. Sie betonen die geistliche Wahrheit der Vorgänge, daß die Schuld hieran einzig und allein die Klassenkampfentfaltung

Die politische Lage in Bayern ist jetzt folgende: Durch die wenig erhebliche und unzureichende Konzentration der feindseligen Reichstagsparteien, wie sie das Reich mit seiner Unterwerfung unter das Londoner Diktat erleben vollziehen hat, ist die Ent-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt



